

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Warum kommt die Nord-Süd-Kampagne bei uns nicht in Gang?

Verunglückter Auftakt mit Selektion statt breiter Einladung – Höhepunkt «Vaduzer Gespräche» soll auf den Herbst verschoben werden

Für die Hälfte dieses Jahres rief der Europarat seine Mitgliedstaaten zu einer europaweiten Öffentlichkeitskampagne über die Nord-Süd-Interdependenz sowie über die Förderung der Solidarität der reicheren Nordstaaten mit den ärmeren Südstaaten auf. Auch in unserem Land wurde ein nationales Komitee mit der Aufgabe betraut, verschiedenartige Aktionen durchzuführen, um das Bewusstsein der Bevölkerung für die Anliegen der Dritten Welt zu stärken. Doch die liechtensteinische Kampagne will nicht so richtig ins Bewusstsein dringen, sie ist bislang auch nicht im erwarteten Ausmass in Gang gekommen.

Das Ziel der Kampagne, die unter dem Titel «Nord-Süd – eine Zukunft, eine gemeinsame Aufgabe» vom Europarat gestartet wurde, soll die Stärkung des Bewusstseins aller Europäer sein, in welchem Masse die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ihr tägliches Leben beeinflussen. Im weiteren soll die Kampagne diese Erkenntnis nutzbar machen, damit die Öffentlichkeit und ihre gewählten Vertreter politische Initiativen für echt partnerschaftliche Nord-Süd-Beziehungen unterstützen. Und schliesslich sollen die Kontakte zwischen den Entscheidungsträgern aus Europa und der Dritten Welt gefördert werden, um gemeinsame Lösungen für die Probleme der Nord-Süd-Interdependenz zu erarbeiten.

Missglückter Auftakt

Um diese Zielsetzungen veröffentlichte vor einiger Zeit das liechtensteinische Komitee einige Vorschläge, wie das Be-

wusstsein in unserem Land gestärkt werden könnte. Doch waren zu jenem Zeitpunkt die Absichtserklärungen weitaus zahlreicher als die konkret fixierten Veranstaltungen. Zudem gestaltete sich der Auftakt zur Kampagne in einer etwas unglücklichen Form, indem zum Vortrag des bundesdeutschen Entwicklungshelfers Hans Klein über das Thema «Entwicklung der Dritten Welt – durch Hilfe oder Zusammenarbeit?» nur ein auserlesener Kreis von Zuhörern zugelassen war, anstatt die Tore möglichst weit für die gesamte Bevölkerung zu öffnen. Nun ist zu vernehmen, dass die «Vaduzer Gespräche», das eigentliche Kernstück der Kampagne, um das sich die verschiedenen Veranstaltungen kultureller Art ranken, nicht während des europaweit vorgesehenen Höhepunktes im Mai durchgeführt werden können, sondern auf den Herbst verschoben werden müssen. Ob diese Veranstaltung, die mit international anerkannten Experten das Verschuldungsproblem der Dritten Welt und Ansätze für Lösungsmöglichkeiten erörtern soll, nach Abschluss der eigentlichen Kampagne des Europarates noch die gleiche Resonanz finden wird, bleibt einmal dahingestellt.

Parlamentarische Debatte?

Dass die Probleme der Dritten Welt nicht alle im Volk gleich stark interessieren, ist eine altbekannte Tatsache, denn vielen liegt der eigene Wohlstand näher als die Entwicklung der unterentwickelten Völker im südlichen Teil unserer Erdkugel. Diese These wurde schon mehrfach durch Volksvertreter im Landtag erhärtet, die der Entwicklungshilfe in der heutigen Form oder ganz allgemein mit geringem Wohlwollen begegneten. Der Landtag, der vom nationalen Komitee für die Nord-Süd-Kampagne aufgefordert wurde, eine spezielle Landtagsitzung oder zumindest eine Debatte über die Nord-Süd-Problematik durchzuführen, zeigte sich bislang sehr zurückhaltend, was als weiterer Fingerzeig gewertet werden kann. Doch gerade eine Landtagsdebatte könnte die Nord-Süd-Problematik noch besser ins allgemeine Bewusstsein bringen, wenn beispielsweise nicht nur Sonntagsreden gehalten würden, sondern die Problematik aufgezeigt würde, dass das gesamte internationale Finanzsystem durch die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer gefährdet ist – und damit auch der Bank- und Finanzplatz Vaduz.

Die Problematik liegt jedoch nicht nur im Finanzbereich, sondern umfasst – gleichsam als Kettenreaktion – auch die Umwelt in ihrer globalen Ausgestaltung.

Die schweizerische Präsidentin der Nord-Süd-Kampagne, Gabrielle Nanchen, hat die Situationsanalyse auf eine eindrückliche Formel gebracht, die zum grössten Teil auch für unser Land zutrifft: «Die auf die Verschlechterung ihrer Handelsbedingungen zurückzuführende wachsende Verarmung dieser Länder bedroht unsere Exportindustrie und die von diesem Bereich abhängenden Arbeitsplätze. Das Vordringen der Wüsten in ehemals blühenden Regionen droht, sich auf das gesamte Ökosystem unseres Planeten auszuwirken. Die allgemeine Verbreitung nordamerikanischer Lebensgewohnheiten und Verhaltensweise in der Dritten Welt bringt eine nahezu unausweichliche kulturelle Nivellierung mit sich. Schliesslich führt uns die Anwesenheit asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Flüchtlinge in unseren Städten und Dörfern unmittelbar vor Augen, welche politischen und ökonomischen Dramen sich in den betreffenden Ländern abspielen.» (G.M.)

KOMMENTAR

Das wird ein Höllenspektakel geben, der Auftritt der Patrouille Suisse, der Paradedastafel der schweizerischen Luftwaffe, diese «faszinierende und einmalige Show», die nach Angaben des Schweizer Vereins im Fürstentum Liechtenstein jährlich weltweit nur sechsmal gezeigt wird. Und diese Paradedastafel soll am 11. Juni, dem «Freundschaftstag Schweiz – Liechtenstein» aus Anlass des 40jährigen Bestehens des Schweizer Vereins, durch das Rheintal preschen, vornehmlich über unser Land. «Jets über Vaduz!» jubelte bereits das «Liechtensteiner Vaterland» und formulierte den Anlass vom 40jährigen Bestehen des Schweizer Vereins in das 50jährige Regierungsjubiläum unseres Landesfürsten um.

Doch darum geht es nicht, sondern um ein ernsthaftes Anliegen aus der Sicht des Umweltschutzes. Diese Paradeschau mag für Flugbegeisterte ein spezielles Augenvergnügen darstellen, für andere Sinnesorgane dürfte das Vergnügen weniger zu-

Und der Umweltschutz?

träglich sein. Die Lärmimmissionen haben in unserem Land an verschiedenen Stellen nach Erhebungen bereits die tolerierbare Reizschwelle überschritten – und nun sollen – natürlich nur für kurze Zeit, aber immerhin – ein halbes Dutzend Kampfflugzeuge für zusätzlichen Lärm sorgen.

Diese Flugzeuge werden bei ihrem Paradeinsatz eine erhebliche Menge an Treibstoff verbrauchen und Schadstoffe ausstossen, so dass sich die umweltbewusstere gewordene Bürgerin und der Bürger tatsächlich fragen muss, warum sie entsprechenden Aufrufen zufolge auf den Verbrauch einiger Tropfen Benzin am eigenen Auto verzichten sollen, wenn anderswo zum reinen Vergnügen beträchtliche Mengen über den ohnehin schon sterbenden Wald und den belasteten Boden ausgeschüttet werden.

Der Schweizer Verein hat sich für das 40jährige Jubiläum eine Reihe von Veranstaltungen «als Dankeschön für das Gastgeberland Liechtenstein» einfallen lassen. Die guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten und auch die Beziehungen zwischen den Schweizern und Liechtensteinern in unserem Land würden wohl kaum ernstlich abgeschwächt, wenn auf den Auftritt der Paradedastafel verzichtet würde. Das reichhaltige Jubiläumprogramm werden werden vielmehr verschiedenste Möglichkeiten, auf diese guten Beziehungen hinzuweisen.

Dem Schweizer Verein ist es nicht zu verdenken, dass er für die Feierlichkeiten etwas Spektakuläres suchte und mit der Patrouille Suisse zuschloss auch fand. Merkwürdig stimmt jedoch die Bewilligung der Regierung für die Durchführung dieser Veranstaltung, die in krassem Gegensatz zu den übrigen Bestrebungen zum Schutz der Umwelt steht, und der Jubel der Regierungszeitung, die bereits eine «Sonderreportage» ankündigte. Haben die noch nie etwas von Umweltschutz gehört? (G.M.)

Die Rechnung fällt immer besser als das Budget aus

Enorme Differenzen zwischen prognostizierten und effektiven Zahlen der Landesrechnung

Die Finanzpolitik verlief auch im letzten Jahr in den gewohnten Bahnen: Zuerst legte die Regierung mit Sorgenfalten ein Budget vor, das sogar die Entnahmen von Fondsreserven in Millionenhöhe vorsah, doch dann folgte der Rechnungsabschluss, der dank der Kumulation von erheblichen Mehreinnahmen und Minderausgaben eine weitere Äufnung der Fondsreserven ermöglichte. Diese Differenz im Ausmass von über 30 Mio. Fr. lässt die Frage nach der Zuverlässigkeit der Budgetierung aufkommen.

Das Schreckensspiel, wonach zuerst der Teufel einer knappen Finanzlage an die Wand gemalt, gut ein Jahr später jedoch ein erheblich besseres Ergebnis präsentiert wird, scheint bereits Methode zu haben. Dass ein Finanzminister auf der Einnahmenseite von vorsichtigen Berechnungen ausgeht, die Ausgaben aber eher gut berechnet, versteht sich beinahe von selbst. Im Vordergrund der Kritik am gewählten Vorgehen steht jedoch die Frage des Ausmasses.

Erhebliche Mehreinnahmen

Die Regierung hält das Ergebnis der Einnahmenseite, bei der die Budgeterwartungen um 20,5 Mio. Fr. übertroffen wurden, für ein «Spiegelbild der guten

Wirtschaftslage». Interessant dabei erscheint, dass auch bei der Vermögens- und Erwerbsteuer der natürlichen Personen die veranschlagten Ergebnisse trotz der rückwirkenden Inkraftsetzung verschiedener steuerlicher Erleichterungen – aufgrund eines FBP-Vorstosses im Landtag – übertroffen wurden. Als die FBP-Fraktion ihren Vorstoss zur Senkung einiger Steueransätze und zur Ausweitung der Abzugsmöglichkeiten für Familien einbrachte, stellte der Finanzminister die Frage nach der Finanzierbarkeit. Dies hinderte die VM-Mehrheit dann aber nicht, noch weitergehende Vorschläge einzubringen, um dem FBP-Vorstoss ihren Stempel aufzudrücken zu können. Die damals vorgelegten Berechnungen der Regierung erwiesen sich, dies ist aus dem Ergebnis ohne weiteres erkennbar, als falsch.

Da die Ausgaben offensichtlich den budgetkonformen Verlauf – zumindest in ihrer Gesamtheit – nahmen, verbleibt die Investitionsrechnung als Joker: «Rund 11,8 Mio. Fr. oder 15 Prozent der bewilligten Investitionskredite blieben unausgeschöpft», teilte die Regierung mit. Dies stellt doch eine erkleckliche Summe dar, die mitverantwortlich zeichnet, dass die

Fondsreserven nicht angetastet werden mussten, sondern weiter geäuft werden konnten. Zur Festigung der Seriosität eines Budgets trägt die Tatsache allerdings nicht bei, dass zuerst die Entnahme von 20,5 Mio. Fr. aus Fondsmittel oder Reserven vorgesehen wird, dann aber plötzlich 8,5 Mio. Fr. zusätzlich zu den Reserven gelegt werden können. Ein Geldregen in der Art eines Lotto-Gewinns vertritt sich schlecht mit dem Anspruch einer absolut seriösen Finanzpolitik.

Reserven in guten Zeiten antasten?

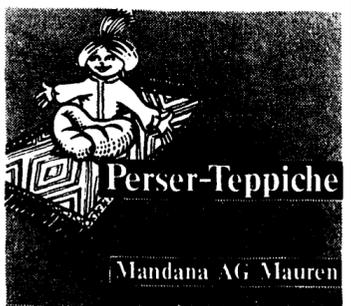
Die Frage der Reserven spielte auch bei der Behandlung des Budgets im Landtag eine Rolle, denn damals wies der FBP-Abgeordnete Josef Büchel darauf hin, dass man sich fragen müsse, ob die Fondsreserven gerade in wirtschaftlich guten Zeiten angezapft werden sollten oder ob die Mittel des Investitionsfonds nicht für Zeiten zur Verfügung stehen sollten, in denen die Erträge «dünner fließen». Die Finanzplanung der Regierung prognostiziert für die nächsten Jahre erneut die Anzapfung von Reserven. Soll man diese Prognose noch glauben angesichts der Ergebnisse der Rechnung 1987? (G.M.)

Intervention in Chur verlangt

Schwyz (spk) Die Schwyzer Regierung soll wegen der Wahl des neuen Weihbischofs von Chur, Wolfgang Haas, beim Bistum vorstellig werden. Durch Haas' Ernennung mit dem Recht der Nachfolge für den heutigen Bischof seien Bestimmungen in einem Bistumsvertrag aus dem Jahr 1824 verletzt worden, kritisiert ein Kantonsrat in einem dringlichen Vorstoss.

Kantonsrat Toni Dettling (LVP, Schwyz) fordert die Regierung auf, «möglichst umgehend bei den zuständigen Instanzen vorstellig zu werden, um dem institutionell garantierten Mitspracherecht der ortskirchlichen Vertreter des Standes Schwyz bei der Bischofswahl mit allen rechtlichen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen und dieses Recht namentlich mit Bezug auf die Nachfolge von Bischof Johannes Vonderach durchzusetzen. Insbesondere ist darauf einzuwirken, dass das dem neuen Weihbischof Wolfgang Haas ohne Abstützung auf den verbrieften Wahlakt zugesicherte Recht auf Nachfolge rückgängig gemacht wird.»

Vor einer Woche hatte das Bistum Chur die Ernennung des 40jährigen gebürtigen Liechtensteiners Wolfgang Haas durch Papst Johannes Paul II. zum Weihbischof und Bischofskoadjutor von Chur bekanntgegeben. Er würde damit automatisch Nachfolger des heutigen Bischofs Johannes Vonderach. Die Bischofsweihe ist für den 22. Mai vorgesehen.



Perser-Teppiche

Mandana AG Mauren

Erfolgreiche Absolventen gewerblicher Berufslehren

Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer verteilte die Zeugnisse an die Lehrlinge

Zum zweiten Mal führte die Gewerbe- und Wirtschaftskammer am Donnerstagabend eine gemeinsame Lehrabschlussfeier für alle angeschlossenen Sektionen durch. Die erfolgreichen Lehrtöchter und Lehrlinge konnten aus der Hand ihrer Sektionsobmänner die Zeugnisse und Gratulationen in Empfang nehmen.

Das liechtensteinische Gewerbe mit seiner Vielfalt bietet eine reiche Zahl an Ausbildungsmöglichkeiten an. Dass das Gewerbe auch in der Lage ist, erfolgreiche junge Berufsleute auszubilden, bestätigen immer wieder die Ergebnisse der Internationalen Berufswettbewerbe.

In den letzten Jahren war die Zahl der jungen Damen, die einen Lehrabschluss machten, zunehmend.

Unser Bild zeigt jene jungen Damen und Herren, die bei den Lehrabschlussprüfungen mit der Note 5,3 oder besser abschlossen. (Bild: Brigitt Risch)



Postsparkasse «Rhätia» in der Klemme

Chur (spk) Die Postsparkasse «Rhätia», ein Sparverein mit rund 700 Mitgliedern, vor allem aus dem Raum Chur, wird von der Graubündner Kantonalbank (GKB) übernommen. Entsprechende Pläne hiessen die Mitglieder an der Gläubigerversammlung am Donnerstagabend gut. Durch den Börsensturz erlitt die Kasse Verluste von 1,6 Mio. Franken.

Wie das «Bündner Tagblatt» in seiner Ausgabe vom Freitag schreibt, sei die GKB zur Übernahme des gesamten Verlustes bereit. Die Mitglieder müssten 50 Prozent ihres Kapitals der GKB einzahlen, die andere Hälfte gelangt für zweieinhalb Jahre auf ein Sperrkonto. Wer nicht mit der Kantonalbank zusammenarbeiten will, muss einen Verlust von 8 Prozent der Guthaben rechnen.